

# Fluglärmgegner „Grüne sind Ausbau-Durchwinker“

29.09.2015, von [Helmut Schwan](#), Rhein-Main

Die Fluglärmgegner haben sich zum 150. Mal im Frankfurter Flughafen versammelt. Alles lief friedlich ab, auch wenn es wütende Reden gab. Und manch Demonstrant versuchte es mit Ironie.

Die 150. Montagsdemo: Einige von ihnen waren schon mehr als hundertmal dabei, wenn montags im Flughafen gegen diesen lautstark zu Felde gezogen wird.

Vier Jahre nach Inbetriebnahme der Landebahn Nordwest und wenige Tage vor dem ersten Spatenstich für das dritte Passagierterminal wollen die Gegner eines Ausbaus des Frankfurter Flughafens nicht aufgeben. Das versicherten sie sich während ihrer 150. „Montagsdemonstration“. Mehrmals riefen sie ihre alte, wenig realistische Parole „die Bahn muss weg“. Gekommen waren Mitglieder der mehr als 80 Bürgerinitiativen und lärmgeplagte Anwohner aus dem weiten Umfeld des Flughafens.

Schätzungsweise 1800 Teilnehmer versammelten sich an ihrem Stammpplatz unter der Anzeigetafel in Halle B des Terminal 1; zur hundertsten Auflage im Mai 2014 waren rund 3000 gekommen. In der Gesamtbilanz nennt die [Polizei](#) die Zahl 157.000, laut den Organisatoren trafen sich seit November 2011 insgesamt etwa doppelt so viele Menschen, um lautstark ihren Unmut gegen den Flughafenbetreiber und die Regierungen wechselnder Couleur kundzutun.

## Manch Protestler probiert es mit Ironie

Der Redner des Abends, der Arzt, Autor und Umweltaktivist Michael Wilk, nannte die Grünen in der Landesregierung „Ausbau-Durchwinker“. Er sprach wütend, von Beifall unterbrochen, über Profitgier und eine Wachstumsideologie, die den Flugbetrieb zu einer „Körperverletzung mit Todesfolge“ werden lasse. Der Flughafen schädige aber nicht nur Gesundheit, Umwelt und Klima, sondern sei auch das wichtigste Drehkreuz für die Abschiebung von Flüchtlingen.

Der Oberbürgermeister von Mainz, Michael Ebling (SPD), schlug am Rande moderatere Töne an. Man werde keine Ruhe geben, bevor Flughafenbetreiber Fraport keine Ruhe bringe, sagte er. Auch diesmal war die Delegation aus seiner Stadt vergleichsweise groß. Einige hatten sich mit einem großen Banner („Stoppt den Fluglärm-Terror“) vor dem Rednerpult aufgebaut, ein anderer aus dem Stadtteil Lerchenberg versuchte es mit Ironie: Anspielend auf die umstrittene Berechnung des Fluglärms nach dem Dauerschallpegel seien die Flieger „aufs Jahr gemittelt so leise wie ein Fisch“. Es gab auch kürzere und schlichtere Botschaften: Eine Frau aus Offenbach trug ein rotes T-Shirt mit dem Schriftzug „Ruhe“, ein Mann aus dem Frankfurter Stadtteil Oberrad hatte das Kürzel für die neue Abfertigungshalle, T3, mit dem Zeichen für eine Sackgasse verballhornt. Bürger in Nauheim sehen sich aufgrund des Fluglärms in Käfighaltung, ein Mann aus Eddersheim forderte schlicht eine „Gute Nacht“.



## Fluglärmkommission neu geordnet

Wie lange die Proteste montags im Flughafen weitergehen werden, blieb eine offene Frage. Bis Ende des Jahres sind die Demonstrationen angemeldet, die Organisatoren wollen aber darüber hinaus weitermachen, wenn die Unterstützung anhält. In einem Liedchen, das zur Einstimmung gesungen wurde, war vielleicht ein Hinweis versteckt: „Ist der Deckel endlich drauf, hören wir gemeinsam auf“, heißt es da. Angespielt wird auf ein Vorhaben des hessischen Verkehrsministers [Tarek Al-Wazir](#) (Die Grünen), die Fluglärmbelastung zu begrenzen. Jedoch lässt sich noch nicht absehen, wie und wann das durchgesetzt werden kann.

Das Ministerium vermeldete zumindest einen weiteren pragmatischen Schritt: Die Fluglärmkommission hat sich neu geordnet. Künftig sollen nur solche Kommunen dem Gremium angehören, die im Lärmschutzbereich liegen oder am Tag von mindestens hundert Maschinen in einer Höhe von weniger als 6000 Fuß (rund 1800 Metern) überflogen werden.

Nach diesen Kriterien hinzugekommen sind zum Beispiel Groß-Zimmern, Ginsheim-Gustavsburg, Pfungstadt oder Riedstadt. Heusenstamm und der Rheingau-Taunus-Kreis bleiben in der Kommission, weil sie aufgrund der weiteren Entwicklung im Umfeld des Flughafens von Maßnahmen des Schallschutzes betroffen sein können. Minister Al-Wazir merkte an, die Arbeit der Kommission habe in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen.